

Hamburger Programm der CDU

Hamburg braucht eine neue dynamische Politik. Hamburg braucht eine dynamische Mannschaft.

Hamburg braucht ein klares politisches Konzept. Das alles hat die CDU.

Und das sind die Schwerpunkte ihrer Politik: Bildung, Gesundheit, Stadtplanung und Wohnungsbau.

Mehr Demokratie ins Rathaus!

Bitte blättern Sie um

Hamburg braucht eine neue Mann- schaft und mehr Demokratie im Rathaus. Hier ist die Mannschaft. Hier sagt sie, was sie besser machen wird



Dr. med. Wilhelm Witten,
49, Arzt und Fraktions-
Chef der CDU in der
Bürgerschaft

**3 Kinder. Hobbys:
Tennis und Ski-
fahren. – „Ham-
burg muß endlich
mehr für seine
kranken
Mitbürger tun“**

Bildungspolitik

**Für die
Bildung
muß ab sofort
jedes Jahr
mehr
investiert
werden**

Bildungspolitik ist der wichtigste Bereich, über den im Hamburger Rathaus entschieden wird. Bildung ist notwendig zur Selbstverwirklichung des Menschen. Eine

breite Volksbildung ist Voraussetzung für eine lebendige Demokratie. Dazu gehört auch, daß alle wichtigen schulpolitischen Entscheidungen unter Mitwirkung von Eltern, Lehrern und Schülervertretungen getroffen werden. Bildungsinvestitionen sind Investitionen für die Zukunft. Von ihnen hängen die Berufschancen unserer Kinder und unser aller Wohlstand ab.

Die Bildungspolitik muß absoluten Vorrang haben. Die Bildungsausgaben müssen jährlich stärker wachsen als die übrigen öffentlichen Ausgaben. Nur so kann der Lehrermangel behoben, die Schulraumnot beseitigt und das Problem der Überfüllung unserer Hochschulen gelöst werden.

**Für die
Fortbildung
der
Erwachsenen
muß ein
neues System
entwickelt
werden**

**Permanente
Weiterbildung**

Bildung und Ausbildung hören mit Schul-, Lehr- und Hochschulzeit nicht auf. In einem Zeitalter wachsender beruflicher Mobilität ist ein System der permanenten Weiterbildung zu entwickeln, in dem alle Formen der Erwachsenenbildung, der Berufsumschulung und der Kontaktstudien aufeinander abgestimmt werden sollen.

**Für die
Bildungs-
fragen
muß Einheit-
lichkeit
erreicht
werden**

**Rahmenkompetenz
des Bundes**

Eine zukunftsorientierte Bildungspolitik kann nach Auffassung der Hamburger CDU nicht mehr isoliert im Rahmen der einzelnen Bundes-



Dr. Jürgen Westphal, 42, Rechtsanwalt, CDU-Experte für Wohnungsbau und Stadtplanung

Vater von vier Kindern, spielt gern Klavier und Tennis. – „Großsiedlungen auf der grünen Wiese ohne Schulen und Kindergärten machen den Familien nur das Leben schwer“



Hans Georg Kuhn, 46, DAG-Vorstandsmitglied, Fachmann für Sozialpolitik

Hat zwei Kinder. Sein Hobby: Fußball. – „Wir dürfen unsere alten Hamburger Mitbürger nicht im Stich lassen. Schafft mehr Altersheime!“



Horst Schröder, 32, Dipl.-Volkswirt, Spezialist für Schul- und Hochschulfragen

Hobbys: Fotografieren und Reisen. – „Die SPD hat das Hamburger Schulwesen in eine tiefe Krise hineingeführt. Es fehlen Klassenräume und Lehrer“



Jürgen Echternach, 32, Rechtsanwalt und zuständig für den öffentlichen Dienst und die öffentliche Sicherheit

Liebt Schach und geht gern schwimmen. – „Die junge Generation in Hamburg wehrt sich gegen den absoluten Machtanspruch einer Partei.“

länder betrieben werden. Nur ein Mindestmaß an Einheitlichkeit im Schul- und Hochschulwesen sichert die Freizügigkeit der Eltern und die Chancengleichheit ihrer Kinder im ganzen Bundesgebiet. Die Hamburger CDU fordert deshalb die Rahmenkompetenz des Bundes für die Bildungspolitik und ein Bundesbildungsministerium. Kooperativer Föderalismus steht Hamburg gut an; das Denken in überholten Staatssoveränitäten paßt nicht zu einer offenen Weltstadt.

Den Lehrern müssen höhere Gehälter gezahlt werden

Behebung des Lehrermangels

Zur Behebung des Lehrermangels fordert die Hamburger CDU:

- die Referendare mit drei Vierteln des Eingangsgeltes für junge Lehrer fest zu besolden
- das Anfangsgehalt für Studienräte auf Besoldungsstufe A 14 festzulegen
- einen Stellenkegel zu schaffen, der den Lehrern

aller Schulgattungen bessere Aufstiegschancen einräumt

- Lehraufträge gegen angemessene Honorierung zu vergeben
- die in den letzten Jahren ausgeschiedenen Lehrerinnen auf Teilzeitbasis für den Lehrerberuf zurückzugewinnen
- die ausgebildeten Lehrer durch pädagogische Assistenten zu entlasten.

Der Schichtunterricht muß endlich aufhören

Schulbau

Die SPD gibt selbst zu, daß sie im Schulbau ihre Versprechungen nicht gehalten hat. Die Hamburger CDU fordert:

- den Schicht- und Schachtelunterricht durch verstärkten Schulbau zu beseitigen
- für jede Schulklasse einen eigenen Klassenraum zu schaffen
- den Schulbau auf die Planung im Wohnungsbau abzustimmen, damit neue Schulen dort errichtet werden, wo man sie braucht
- mehr Schulpavillons zu bauen, um beweglicher auf örtliche Spitzenbelastungen reagieren zu können.

Die CDU fordert die gegliederte Leistungsschule

Die CDU hält das gegenwärtige Hamburger Schulsystem für reformbedürftig. Diese Reform muß ausgehen von den Bildungsinhalten und Bildungszielen, nicht von Organisationsmodellen. Um der Eignung und Neigung des einzelnen möglichst gerecht zu werden und die wachsenden Ausbildungsanforderungen der Gesellschaft zu erfüllen, muß die Schule nach dem Leistungsprinzip gegliedert werden. In dieser gegliederten Leistungsschule müssen die Ausbildungswege differenziert, durchlässig und organisatorisch übersichtlich gestaltet werden.

Die gegliederte Leistungsschule wird die sozial, geistig oder körperlich Behinderten ebenso wie die Spitzbegabungen individuell fördern. „Leistungszüge und Förderunterricht“ an den Gymnasien sollen den Hochbegabten schneller zum Abitur leiten und schwächere Schüler ohne Sitzenbleiben mit Verspätung zum Abitur führen.

Zur 5-Tage-Woche

Die CDU bejaht die 5-Tage-Woche. Sie ist für die Ganztagschule besonders geeignet. Sie darf nicht zu einer

willkürlichen Verkürzung des Unterrichtsstoffes führen.

Die 5-Tage-Woche ist jedoch kein Mittel zur Behebung des Lehrermangels, wie der SPD-Senat meint.

Innere Reform

Die Hamburger CDU fordert:

- den naturwissenschaftlichen Unterricht zu verstärken und mit dem Physik- oder Chemieunterricht ab Klasse 6 zu beginnen
- ein eigenständiges Fach Politik einzuführen
- die Sexualerziehung in den Lehrplan aller Schulen aufzunehmen
- das Sprachenangebot an den Realschulen und Gymnasien zu verbreitern und neben Englisch und Französisch auch Spanisch und Russisch anzubieten
- die Ausbildung und Fortbildung der Lehrer zu intensivieren
- moderne Lehr- und Lernmethoden, insbesondere audio-visuelle Hilfsmittel und programmierten Unterricht, stärker einzusetzen
- die Klassenfrequenzen fühlbar zu senken
- die Beobachtungsstufen an den Haupt- und Realschulen und an den Gymnasien fortzuführen.

Ausbau der Vorschulerziehung

Besonders wichtig ist die Beseitigung milieubedingter Hemmnisse in den entscheidenden Jahren vor der Grundschule und während der ersten Schuljahre. Die Hamburger CDU fordert:

- die freiwillige vorschulische Erziehung auszubauen
- die Elternberatung zu intensivieren
- die staatliche Ausbildungsförderung auszubauen.

Schulversuche

Die CDU ist zu Schulversuchen mit der integrierten Gesamtschule bereit. Aber:

- Zielsetzung und Dauer müssen vorher eindeutig fixiert werden
- die Eltern der betroffenen Kinder müssen zustimmen
- die Ergebnisse der Gesamtschulversuche müssen wissenschaftlich ausgewertet werden.

Die CDU fordert das Berufsgrundschuljahr

Berufsbildendes Schulwesen

Die Berufsbildung muß integrierter Bestandteil des gesamten Bildungswesens werden. Die CDU hält daher eine stärkere Förderung des berufsbildenden und berufsbezogenen Schulwesens für dringend erforderlich. Sie fordert im einzelnen:

- an allen Schulen von der 7. Klasse an das Fach Berufskunde in den Lehrplan aufzunehmen
- als 10. Schuljahr das Berufsgrundschuljahr einzuführen und die Stufenausbildung für mehr Ausbildungsberufe zu verwirklichen.

Die CDU fordert eine zweite Universität im Hamburger Raum

Hochschulpolitik

Die Überfüllung der Hamburger Universität erfordert eine Ausweitung der Hochschulkapazität. Die Hamburger CDU fordert:

- eine zweite Universität im Hamburger Raum als Gemeinschaftsaufgabe der vier norddeutschen Küstenländer zu errichten
- eine Studienreform mit dem Ziel kürzerer Studienzeiten zu verwirklichen
- eine Hochschuldidaktik zu entwickeln
- das Studienjahr einzuführen.

Der Numerus clausus wird von der Hamburger CDU grundsätzlich abgelehnt. Das Hamburger Universitätsgesetz, das die SPD gegen die Stimmen der CDU verabschiedet hat, ist unzulänglich. Die CDU wird in der nächsten Bürgerschaft umfassende Änderungen beantragen. Sie fordert insbesondere:

- das Ordnungsrecht zu beseitigen und an seiner Stelle eine universitätsinterne Haus- und Schiedsordnung zu erlassen
- den Dualismus in der Vertretung der Studentenschaft zu beenden
- die Universität in ihrem Bemühen zu unterstützen, zu einer leistungsgerechten Lehrkörperstruktur zu kommen und alle habilitierten Hochschullehrer gleichzustellen

● zur Heranbildung junger Hochschullehrer Habilitandenstellen einzurichten

● das Verhältnis zwischen Staat und Universität im Sinne einer vernünftigen inneren Selbstverwaltung der Universität zu regeln.

Das neugestaltete Hochschulwesen umfaßt die Fachhochschule, die auf wissenschaftlicher Grundlage eine praxisorientierte Ausbildung vermitteln soll. Zum Hochschulbereich gehören auch die künstlerischen Hochschulen. Die Hamburger CDU fordert den Neubau der Musikhochschule.

Die CDU fordert klare Regelungen

Hochschulverbund

Nach Klärung grundlegender Fragen der Studienreform, insbesondere der Abstimmung der Studiengänge, Prüfungsordnungen und Übergangsregelungen, ist die organisatorische Verbindung von Universität, Fachhochschule, Hochschule für Wirtschaft und Politik sowie der künstlerischen Hochschulen zu einem differenzierten Hochschulbereich mit selbständigen Verwaltungseinheiten zu verwirklichen. Die Ausbildung des gehobenen Verwaltungsdienstes muß in die Fachhochschule einbezogen werden. In einem Hochschulbereichsgesetz, das die CDU in der nächsten Legislaturperiode einbringen wird, müssen diese Dinge abschließend geregelt werden.

Kulturpolitik

Die CDU fordert höhere Zuschüsse für die privaten Theater

In der Hamburger Kulturpolitik müssen neue Akzente gesetzt werden. Neben der notwendigen Subventionierung von Staatsbühnen müssen in Zukunft auch Privattheater und freie Künste stärker gefördert werden. Dies hat insbesondere unter dem Aspekt zu geschehen, den Freizeitwert Hamburgs zu stärken.

Die Hamburger CDU fordert:

● die künstlerische und wirtschaftliche Selbständigkeit des Schauspielhauses und des Thalia-Theaters zu erhalten

● eine Studiobühne einzurichten, die sowohl von den staatlichen Theatern als auch von der staatlichen Schauspielschule als Experimentierwerkstatt genutzt werden kann

● den Privattheatern eine ihrer kulturpolitischen Bedeutung entsprechende wesentlich höhere Subvention zu gewähren

● erhaltenswerte Denkmäler, historische Gebäude und Straßenzüge zu schützen

● Sonderausstellungen in Museen und privaten Galerien stärker zu fördern, sofern sie ohne kommerziellen Nutzen betrieben werden

● die kulturellen Einrichtungen Harburgs so weit zu fördern, daß dieser Bezirk ein eigenständiges Kulturleben entfalten kann.

Gesundheitspolitik

Die CDU fordert eine bessere Verwaltung für die staatlichen Krankenhäuser

Die Gesundheitspolitik gehört zu den vordringlichsten Aufgaben des Staates.

Die Hamburger CDU fordert:

● unsere Krankenhäuser nach den modernsten Erkenntnissen der Wissenschaft auszustatten

● alle Patienten müssen unabhängig von der Krankenhausklasse und der Art ihrer Erkrankung menschenwürdig untergebracht werden

● ein Diagnosezentrum nach dem Vorbild der amerikanischen Mayo-Klinik als Gemeinschaftswerk aller norddeutschen Länder zu errichten

● Patienten, die nur pflegerisch betreut werden müssen, in „Langzeitkrankenhäuser“ aufzunehmen. Als Langzeitkrankenhäuser sollten in nächster Zeit besonders die durch Neubau frei werdenden Krankenanstal-

ten eingerichtet werden, zum Beispiel das alte Allgemeine Krankenhaus Altona und das Allgemeine Krankenhaus Harburg

● alle Hochleistungskrankenhäuser so zu gestalten, daß sämtliche Untersuchungen und Behandlungen in unmittelbarer Nähe des Krankenhausbettes durchgeführt werden können

● dem Personalmangel in den Krankenhäusern so schnell wie möglich durch bessere Besoldung und bessere Arbeitsbedingungen zu begegnen

● beim Bau und Ausbau von Krankenhäusern die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen stärker zu berücksichtigen

● eine Krankenhausbaugesellschaft mit einem unabhängigen Fachbeirat zu gründen, damit Organisations- und Planungsfehler wie beim Bau der Krankenhäuser in Othmarschen und Harburg mit großen Mehrausgaben vermieden werden

● staatliche Krankenhäuser mit Methoden des modernen Managements zu führen

● freie gemeinnützige Krankenhäuser angemessen mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen

● die Neugeborenen- und Kleinkinderfürsorge auszubauen

● den schulärztlichen Dienst zu verstärken und ärztliche Untersuchungen auch auf Kindergärten auszudehnen

● unsere alten Mitbürger in den Alters- und Pflegeheimen gesundheitlich besser zu versorgen

● in den Allgemeinen Krankenhäusern Abteilungen für Altersheilkunde (Geriatric) zu schaffen und ein Forschungsinstitut für Geriatric zu errichten

● mehr Beratungsstellen für Sexualaufklärung und Eheberatung zu schaffen

● kostenlose Vorsorgeuntersuchungen, insbesondere gegen Krebs- und Zuckerkrankungen, umfassender, systematischer und nach den modernsten Methoden durchzuführen.

Stadtplanung und Wohnungsbau

Wie wir Hamburgs Innenstadt endlich attraktiver gestalten, damit der Jungfernstieg abends nicht zur Dorf- straße wird

Hamburg muß endlich unter Beteiligung internationaler Stadtplaner und Architekten ein umfassendes Konzept für seine künftige Gestalt entwickeln. Diesem Konzept muß jedes Großbauprojekt untergeordnet werden. Die staatliche Planung darf nicht weiter Handlanger für die Realisierung der Interessen bestimmter Wohnungsbau-gesellschaften sein.

Die Hamburger CDU fordert:

- in Hamburg ein Institut für Stadtforschung zu errichten
- bedeutende städtebauliche Vorhaben, soweit sie auf die Nachbarländer ausstrahlen, mit Schleswig-Holstein, Niedersachsen und den Nachbargemeinden abzustimmen, um eine sinnvolle Raumordnung in der Hamburger Region zu verwirklichen
- für den Bau von Wohnsiedlungen und repräsentativen öffentlichen Gebäuden grundsätzlich öffentliche Architektenwettbewerbe auszu-schreiben
- Hamburgs Innenstadt durch eine lebendige Gestaltung

des Zentrums und durch neue Wohnungen im Stadtkern attraktiver zu machen

- überalterte Wohnviertel zu sanieren. Dafür ist die Reform des Bodenrechts notwendig
- unsere Neubaugebiete gleichzeitig durch Verkehrsverbindungen und Siedbau zu erschließen und mit Schulen und sozialen Einrichtungen auszustatten
- den sozialen Wohnungsbau fortzusetzen. Er muß in erster Linie den wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsschichten dienen. Die Voraussetzungen für die Gewährung von Wohngeld und öffentlichen Baudarlehen sind der Entwicklung der Mieten bzw. der Baukosten anzupassen
- für kinderreiche Familien ein Sonderbauprogramm einzurichten
- Jungverheiratete, die im Umland wohnen und in Hamburg arbeiten, in das Hamburger Darlehensförderungs-werk aufzunehmen.

Inner- städtischer Verkehr

Wie wir die Verkehrs- lawine bewältigen

Es wird 1985 etwa doppelt so viele PKW auf Hamburgs Straßen geben wie heute. Wenn diese Lawine nicht mit einer langfristigen Konzeption bewältigt wird, muß das innerstädtische Verkehrssystem in absehbarer Zeit zusammenbrechen.

Die Hamburger CDU fordert:

- in der City den Schnellbahnausbau zu konzentrieren und in den Außenbezirken die Straßen auszubauen
- die S-Bahn-Linie Hauptbahnhof-Harburg vorrangig auszubauen und nach Neugraben zu verlängern
- die City-S-Bahn-Linie über Altona nach Lurup zu verlängern
- die geplante U-Bahn-Linie Hauptbahnhof – Winterhude über die City-Nord zum Flughafen Fuhlsbüttel und später bis zum neuen Flughafen Kaltenkirchen zu verlängern
- die U-Bahn über Billstedt nach Mümmelmannsberg auszubauen und eine Verlängerung nach Lohbrügge-Nord vorzusehen
- die S-Bahn über Poppenbüttel hinaus nach Lemsahl-Mellingstedt zu verlängern
- Parkuhren, soweit von der Verkehrssituation her vertretbar, in Hamburg durch Parkscheiben zu ersetzen
- den öffentlichen Verkehr durch besseren Fahrkomfort, eine Verdichtung des Fahrplans und günstige Preise auch für Autofahrer attraktiv zu machen
- zur Entlastung der Innenstadt durch den Straßenverkehr mehr leistungsfähige Ringstraßen zu bauen
- Straßenkreuzungen mit starkem Verkehr in mehreren Ebenen auszubauen.

Arbeits- und Sozialpolitik

Wie wir den Müttern helfen

Sozialpolitik darf sich nicht auf staatliche Hilfen für in Not geratene Menschen beschränken. Sie muß eine umfassende Daseinsvorsorge,

die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit anstreben. Soziale Unterstützung ist im sozialen Rechtsstaat kein Almosen, sondern Rechtsanspruch.

Die Hamburger CDU fordert:

- den Arbeitsschutz zu verbessern. Dazu ist es notwendig, die Gewerbeaufsicht – besonders im Bereich des Hafens – und den arbeitsmedizinischen Dienst zu verstärken
- die überalterten sozialen Einrichtungen im Hafengebiet zu modernisieren und zu verbessern
- Betrieben, die ältere beschäftigungslose Arbeitnehmer aufnehmen wollen, steuerliche Vorteile, Zuschüsse und Darlehen zu gewähren
- das Hamburger Berufsförderungswerk zu einem norddeutschen Umschulungszentrum auszubauen, um die wechselnden Anforderungen des regionalen Arbeitsmarktes zu erfüllen
- der Hausfrau und Mutter bei Krankheit, Unfall und zur Ermöglichung von Erholungsurlaub durch den Ausbau der Familienhilfe zu helfen
- mehr Altenwerkstätten und Altentagesstätten
- eine Seniorenmonatskarte für Frauen ab 60 Jahre, Männer ab 65 Jahre und für Frührentner als festen Bestandteil in den HVV-Tarif aufzunehmen
- den Hauspflagedienst und die Hauspeisung für alte Menschen zu erweitern und einen Wäschendienst einzurichten.

Jugend- fürsorge

Was wir für unsere Kinder tun wollen

Überall in Hamburg fehlen noch Kindergärten und Kinderspielplätze. Tausende von Eltern müssen jahrelange Wartezeiten in Kauf nehmen, bis ihre Kinder in einem Kindergarten Aufnahme finden. Die Hamburger CDU fordert:

- in allen Stadtteilen und Neubaugebieten mehr Kindergärten und Tagesheime, mehr Kinderspiel- und Bolzplätze zu errichten
- dem Mangel an Kindergärtnerinnen durch eine bessere Besoldung und bessere Arbeitsbedingungen zu begegnen
- die Kinder stärker vor Kriminalität und dem Mißbrauch der elterlichen Gewalt zu schützen. In jedem Bezirk müssen Erziehungsberatungsstellen mit hauptamtlich tätigen Mitarbeitern eingerichtet werden.

Sport Wie wir den Sport fördern

Die Förderung des Sports in Hamburg ist seiner Bedeutung für Gesundheit, Erziehung und Freizeit nicht angemessen.

Die Hamburger CDU fordert:

- ein langfristiges Sportförderungsprogramm zum Bau von Schwimmbädern, Sportplätzen und Turnhallen aufzustellen, wie es im Sportprogramm der Hamburger CDU vorgeschlagen wurde. Vorrang muß dabei der Bau einer Schwimmhalle für jeden größeren Stadtteil haben
- zur Intensivierung des Breiten- und Leistungssports die Arbeit der Turn- und Sportvereine mit öffentlichen Mitteln zu fördern
- die Anzahl der Wochenstunden für den Sportunterricht an Schulen zu erhöhen.

Wirtschafts- und Regionalpolitik

Wie wir die Wirtschaft fördern

Eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik für Hamburg muß davon ausgehen, daß die Ländergrenzen in Norddeutschland keine Wirtschaftsgrenzen sind. Die Wirtschaftsstruktur im deutschen Küstenraum kann nur durch eine koordinierte, langfristige Planung der vier Küstenländer verbessert werden.

Die Hamburger CDU fordert:

- Norddeutschland in Wirtschaftsregionen zu gliedern, die sich nicht an den Verwaltungsgrenzen, sondern an den wirtschaftlichen Gegebenheiten orientieren
- bei der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – einer Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern – die Probleme der Ballungsräume stärker zu berücksichtigen
- die Wirtschaftsförderung durch eine Gesellschaft der vier Küstenländer zu koordinieren. Sie soll insbesondere ansässige und ansiedlungswillige Unternehmer beraten sowie im In- und Ausland eine aktive und moderne Industrieansiedlungswerbung betreiben
- durch eine attraktive Grundstückspolitik und zusätzliche Hafenerweiterungsgebiete exportorientierte und lohnintensive Unternehmen anzusiedeln

● günstigere Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Schifffahrt und die Werften herzustellen, um insbesondere die Verluste durch die DM-Aufwertung auszugleichen. Angesichts der wachsenden Bedeutung des Containerverkehrs gilt dies vor allem für verstärkte Finanzierungshilfen zur Erneuerung und Vergrößerung der deutschen Handelsflotte

● zur Verbesserung der Markttransparenz in Hamburg, durch den freiwilligen Zusammenschluß von Firmen, eine Verbraucherbörse einzurichten, die die Verbraucher über die Preise von Waren und Dienstleistungen informiert.

Wie wir für die kleineren Betriebe sorgen

Gewerblicher Mittelstand

Kleine und mittlere Betriebe haben einen beachtlichen Anteil an der Hamburger Wirtschaft. Es ist daher eine dringende gesellschaftspolitische Aufgabe, für ein ausgewogenes Nebeneinander von modernen Groß-, Mittel- und Kleinunternehmen zu sorgen.

Die Hamburger CDU fordert:

- die Gewerbesteuer zu senken und die Freibeträge bei Gewerbesteuer bzw. Lohnsummensteuer gemäß der wirtschaftlichen Entwicklung wesentlich zu erhöhen
- einen mittelständischen Gewerbebauträger zu gründen, dem öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen
- bei Industrieansiedlungen Mittel- und Kleinbetriebe nicht zu vernachlässigen

● die Auswirkungen der Stadtsanierung auf mittelständische Betriebe rechtzeitig zu untersuchen, damit bei Verlagerungsfällen Maßnahmen getroffen werden können, die u. a. eine einheitliche Behandlung der Betroffenen gewährleisten.

Wie wir die Land- wirtschaft konkurrenz- fähig halten

Landwirtschaftspolitik

Hamburg besitzt in seiner Landwirtschaft das größte und geschlossenste Anbaugelände für Obst, Gemüse und Blumen in Deutschland. Landwirtschaft und Gartenbau sind ein fester Bestandteil der gesamten Hamburger Wirtschaft, für deren Konkurrenzfähigkeit sich die CDU nachdrücklich einsetzt.

Die Hamburger CDU fordert:

- bei der Verplanung und Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Gebiete die Betroffenen angemessen zu beteiligen und zu entschädigen
- die Unterhaltung der neu errichteten Deiche in Hamburg zur Gemeinschaftsaufgabe zu erklären
- den Betriebsberatungsdienst für Landwirtschaft und Gartenbau auszubauen
- in allen ländlichen Gebieten Hamburgs die Verkehrswege auszubauen
- die wasserwirtschaftlichen Untersuchungen zur Lösung des Be- und Entwässerungsproblems in den Vier- und Marschlanden zu beschleunigen.

Justiz So wird der gute Ruf der Hamburger Justiz erhalten

Die Hamburger Rechtsprechung hat einen über die deutschen Grenzen hinaus hervorragenden Ruf, den es zu erhalten gilt.

Die Hamburger CDU fordert:

- zur Stärkung der Gerichtsbarkeit die Arbeits- und Sozialgerichte der Justizbehörde zuzuordnen

- die Arbeit von Gerichten und Staatsanwaltschaft durch moderne Arbeitsmethoden zu rationalisieren und zu beschleunigen

- bei der juristischen Ausbildung Theorie und Praxis im Sinne des Loccumer Modells miteinander zu verbinden, um sie wirksamer zu gestalten und auf 5 Jahre zu verkürzen

- zur gründlichen Schulung der Vollzugsbeamten zusammen mit den anderen Bundesländern eine zentrale Strafvollzugsakademie zu errichten

- den Strafvollzug der Menschenwürde entsprechend zu gestalten

- für Verkehrsstrafen eine Sonderhaftanstalt zu errichten.

Öffentlicher Dienst So wird der öffentliche Dienst leistungs- fähiger

Die Freie und Hansestadt muß gegenüber ihren Bediensteten ihre Fürsorgepflicht in angemessener Weise erfüllen.

Die Hamburger CDU fordert:

- die Einkommens- und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst entsprechend der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung zu verbessern

- das Leistungsprinzip im gesamten öffentlichen Dienst anzuwenden

- die Rechte der Personalvertretungen in personellen, sozialen und organisatorischen Angelegenheiten zu erweitern

- allen Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes und der kommunalen Versorgungsunternehmen zusätzlich zu den auszuhandelnden Tarifierhöhungen 312 Mark pro Jahr als „vermögenswirksame Leistung“ zu gewähren

- vor allem für die pflegerischen, pädagogischen und sozialen Berufe neue Laufbahnregelungen und Aufstiegschancen zu schaffen, um den Personalmangel auf diesen Gebieten schnell zu beseitigen und qualifizierte Kräfte zu gewinnen.

Parlaments- reform So wird Hamburgs Parlament lebendiger

Die Bürgerschaft steht im Schatten der hamburgischen Politik. Der allmächtige SPD-Senat und die absolute SPD-Mehrheit in der Bürgerschaft haben das hamburgische Landesparlament zur Akklamationsmaschine der Senatspolitik degradiert.

Die Bürgerschaft muß wieder zum Mittelpunkt der Demokratie in Hamburg werden.

Die Hamburger CDU fordert:

- die Arbeit der Hamburger Bürgerschaft durch öffentliche Hearings und „Aktuelle Stunden“ durchschaubarer und aktueller zu gestalten

- die Funktion der Bürgerschaft als Kontrollorgan des Senats durch eine Verbesserung der Rechte der Opposition zu stärken

- die Bezirksversammlungen müssen Kommunalparlamente werden.

Öffentliche Sicherheit So wird das Eigen- tum des Bürgers geschützt

Fehler der politischen Führung haben das Verhältnis zwischen Bürger und Polizei in der Vergangenheit unnötig belastet. Aufgabe der politischen Führung muß es sein, dieses Verhältnis zu verbessern. Leben und Eigentum unserer Bürger müssen ausreichend geschützt werden.

Die Hamburger CDU fordert:

- Schutzpolizei und Kriminalpolizei personell erheblich zu verstärken

- für die vier norddeutschen Bundesländer ein einheitliches Kriminalamt mit Exekutivbefugnissen zu schaffen, damit die Polizei nicht länger durch Ländergrenzen in ihrer Arbeit gehemmt wird

- die Zahl der uniformierten Fußstreifen und Zivilfahnder, besonders in den Außenbezirken und in den Nachtstunden, zu erhöhen

- die fachliche und psychologische Ausbildung der Polizeibeamten zu verbessern und durch kontinuierliche Fortbildung zu ergänzen.

Dies sind die Schwerpunkte des Programms der Hamburger CDU für die 70er Jahre. Auf Wunsch erhalten Sie das ausführliche Programm zugesandt. Bitte schreiben Sie an die Hamburger CDU, 2 Hamburg 13, Johnsallee 13.

Mehr Demokratie ins Rathaus!